Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/6345

01. 02. 90

Antrag

des Abgeordneten Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN

Sofortiger Abzug der US-Truppen aus Panama

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag verurteilt

   1.1 die Invasion Panamas durch die Streitkräfte der Vereinigten Staaten,

   1.2 den Überfall von US-Truppen auf die Residenz des nicaraguanischen Botschafters,

   1.3 alle weiteren schwerwiegenden Verletzungen der Immunität von Botschaften durch die Streitkräfte der Vereinigten Staaten,

   1.4 die Nötigung des Vatikanstaates, General Noriega an die Truppen der Vereinigten Staaten auszuliefern.

2. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

   2.1 Die Invasion Panamas durch die Streitkräfte der Vereinigten Staaten verletzt die Verfassung der Vereinigten Staaten, die Charta der Vereinten Nationen, die Charta der Organisation Amerikanischer Staaten und die Panamakanal-Verträge.

   2.2 Die Besetzung Panamas durch die Streitkräfte der Vereinigten Staaten ist illegal.

   2.3 Die von der Regierung der Vereinigten Staaten eingesetzte panamaische Verwaltung unter Guillermo Endara ist eine illegale Protektoratsverwaltung und kann als solche nicht diplomatisch anerkannt werden.

   2.4 Die Invasion und Besetzung Panamas durch die Streitkräfte der Vereinigten Staaten, begleitet von Bombardierungen und Angriffen auf die Zivilbevölkerung sowie andauernden Verletzungen der Immunität ausländischer Botschaften, ist eine flagrante Verletzung des Völkerrechtes und der Menschenrechte, verletzt die Prinzipien der Nichteinmischung und Völkerverständigung und gefährdet den Weltfrieden.

3. Der Deutsche Bundestag erteilt allen Versuchen der Regierung der Vereinigten Staaten eine Absage,

   3.1 die Panamakanal-Verträge außer Kraft zu setzen oder wirkungslos zu machen,

   3.2 die illegale Besetzung panamaischen Territoriums fortzusetzen bzw., was die Kanalzone betrifft, über das Jahr 2000 hinaus zu verlängern,

   3.3 aus der Invasion Panamas einen Präzedenzfall zu machen für die Verletzung der Souveränität lateinamerikanischer Staaten unter immer fadenscheinigeren Vorwänden,

   3.4 das berechtigte Interesse der Bevölkerung der Vereinigten Staaten und aller Völker an einer wirkungsvollen Eindämmung des Drogenhandels zu mißbrauchen für einen „War on Drugs", der Bürgerrechte, Menschenrechte und das Völkerrecht verletzt,

   3.5 US-amerikanisches über internationales Recht zu setzen, um jeder Art von Aggression gegen andere Völker und Nationen einen pseudorechtlichen Vorwand zu geben,

   3.6 die militärische Doktrin der nuklearen Abschreckung zu ergänzen oder teilweise zu ersetzen durch eine militärische Doktrin des universal legitimierten schnellen Eingreifens im Namen einer angemaßten zivilisatorischen Mission und Weltpolizeifunktion.

4. Der Deutsche Bundestag fordert die Regierung der Vereinigten Staaten auf,

   4.1 ihre Truppen aus Panama sofort abzuziehen,

   4.2 die ca. 12 000 durch die Invasion obdachlos gewordenen Panamaer und Panamaerinnen, die unter exklusiver US-Kontrolle konzentriert wurden, sofort freizulassen,

   4.3 die zivilen und militärischen Kriegsgefangenen in der Kanalzone strikt nach den Genfer Konventionen zu behandeln,

   4.4 sämtliche während und nach der Invasion umgekommenen oder vermißten panamaischen Staatsbürger und Staatsbürgerinnen namentlich zu identifizieren,

   4.5 insbesondere über die Schicksale der Mitglieder der „Bataillone der Würde" Auskunft zu geben,

   4.6 Garantien abzugeben für eine rechtsstaatliche Verteidigung der Kriegs- und politischen Gefangenen,

   4.7 für die sofortige Wiederherstellung voller Verfassungs- und Menschenrechtsgarantien auf dem besetzten Territorium zu sorgen,

   4.8 für die sofortige Einstellung der Aktivitäten von paramilitärischen Banden zu sorgen,

4.9 die zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der derzeitigen Protektoratsverwaltung unter Guillermo Endara unterzeichneten Vereinbarungen, die

a) zur Invasion führten und sie legitimierten,

b) den Abzug der US-Streitkräfte regeln,

zu veröffentlichen,

4.10 den Weg freizumachen für baldige Neuwahlen,

4.11 über unabhängige panamaische und internationale Nichtregierungsorganisationen Reparationsleistungen für die durch die Wirtschaftssanktionen und Invasion entstandenen Schäden zu erbringen,

4.12 die Panamakanal-Verträge nicht nur strikt zu erfüllen, sondern umgehend die beschleunigte Entkolonialisierung und Entmilitarisierung der Panama-Kanalzone einzuleiten.

5. Der Deutsche Bundestag setzt sich ein für

5.1 die volle Souveränität Panamas,

5.2 die Entkolonialisierung und Entmilitarisierung der Panamakanal-Zone,

5.3 freie und von den Vereinigten Staaten unbeeinflußte Wahlen,

5.4 eine Umorientierung des panamaischen Entwicklungsweges, die das Land unabhängiger macht vom Betrieb des Kanals, dem Bankenplatz Panama City und der Freihandelszone von Colón und auf soziale Gerechtigkeit, auf Selbstbestimmung der arbeitenden Bevölkerung, auf eine integrale Entwicklung des Binnenmarktes, auf wirtschaftliche Selbständigkeit und auf Umweltschutz zielt,

5.5 die Streichung der panamaischen Auslandsschulden,

5.6 die internationale Verurteilung der US-Invasion in Panama.

6. Der Deutsche Bundestag regt an,

6.1 die Mitgliedschaft der Vereinigten Staaten in der Organisation Amerikanischer Staaten bis zur Garantierung einer dauerhaften Nicht-Intervention durch die Vereinigten Staaten zu suspendieren,

6.2 den „Interamerikanischen Verteidigungspakt" (TIAR) aufzulösen.

7. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

7.1 die US-Invasion in Panama zu verurteilen,

7.2 in den internationalen Gremien für die Verurteilung der US-Invasion in Panama zu stimmen und sich für eine allgemeine internationale Verurteilung einzusetzen,

7.3 die Regierung Endara nicht anzuerkennen,

7.4 den Panamakanal-Verträgen unverzüglich beizutreten und sich für unmittelbare Schritte zur beschleunigten Entkolonialisierung und Entmilitarisierung der Panamakanal-Zone einzusetzen,

7.5 sofort unabhängigen Nichtregierungsorganisationen umfangreiche Mittel der humanitären Hilfe und später einer zukünftigen frei und vom Einfluß der Vereinigten Staaten unabhängig gewählten Regierung Panamas Mittel der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zur Verfügung zu stellen mit dem Ziel, zu einer Neuorientierung des panamaischen Entwicklungsweges beizutragen.

Bonn, den 1. Februar 1990

Volmer
Hoss, Frau Schoppe, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Am 20. Dezember 1989 haben 26 000 Soldaten der Vereinigten Staaten die souveräne Republik Panama überfallen. US-Truppen in abnehmender Anzahl und ein dafür wachsendes Heer von Beamten und Regierungsexperten aus den Vereinigten Staaten halten das Land seither besetzt, dirigieren die von ihnen noch außerhalb des Landes eingesetzte Regierung Endara und kontrollieren alle Aspekte des panamaischen Lebens.

Seit der Besetzung Panamas haben Truppen der Vereinigten Staaten die Residenz des Botschafters von Nicaragua überfallen, spanische Unternehmen besetzt, den kubanischen Botschafter vielfach belästigt und zuletzt verhaftet, die Botschaften des Vatikan, Perus, Libyens und Nicaraguas umstellt und den Vatikan zur Auslieferung von General Noriega genötigt.

Im Zuge des Überfalls auf Panama sind zivile Einrichtungen und Wohngebiete systematisch bombardiert und beschossen, eine absichtlich geheimgehaltene Anzahl von Zivilisten getötet und Tausende von panamaischen Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen gefangengenommen worden – dies alles ohne die geringste Rechtsgrundlage.

In den ersten vierzehn Stunden der Invasion registrierte die Seismologische Station der Universität von Panama 422 Bombenanschläge, darunter fünf besonders hoher Sprengkraft (bis 1,7 auf der nach oben offenen Richterskala).

Während die Regierung der Vereinigten Staaten darauf beharrt, daß bei der Invasion 202 panamaische Zivilisten getötet wurden, hat eine Untersuchung der Katholischen Kirche 665 zivile Todesopfer gezählt – ohne jene, die in den von den Bombardierungen verursachten Bränden umkamen und in den betroffenen Stadtteilen gleich begraben wurden; ohne jene, die in Massengräbern verscharrt wurden; ohne jene, die im bergigen Hinterland Panamas getötet wurden und ohne jene, die in die Leichenhalle von Colón gebracht wurden. Der ehemalige Justizminister der Ver-

einigten Staaten, Ramsey Clark, spricht von „mindestens tausend" getöteten Zivilisten.

Im Südkommando der US-Streitkräfte wurden bis zu 5 000 zivile und militärische Kriegsgefangene gefangengehalten. Willkürliche Festnahmen durch US-Einheiten und illegale Gefangenschaft panamaischer Staatsbürger und Staatsbürgerinnen in der Kanalzone halten an. Besonders betroffen davon sind Gewerkschaftsführer. Gewerkschaftslokale und kirchliche Einrichtungen wurden von US-Truppen illegal durchsucht. Die Invasion hat ca. 10 000 Arbeitsplätze vernichtet. In der öffentlichen Verwaltung finden Säuberungen statt.

Zur Zeit versucht die Regierung der Vereinigten Staaten, mit panamaischen Vasallen eine Regierung, ein Justizwesen und Sicherheitsorgane einzurichten, die den kolonialen Status der Panamakanal-Zone auf das ganze Land ausdehnen, die Kontrolle der Wasserstraße durch die Vereinigten Staaten garantieren und vor allem einen Fortbestand des in der Kanalzone gelegenen Südkommandos der US-Streitkräfte gewährleisten sollen.

Die Gründe, die die Regierung der Vereinigten Staaten für den Überfall auf Panama angibt, sind weder glaubhaft, noch halten sie Kriterien des Völkerrechtes stand:

Die Sicherheit der ca. 25 000 in der Kanalzone und in Panama lebenden US-Zivilisten und -Zivilistinnen war nie ernsthaft gefährdet.

Die Sicherheit des Kanals war nie ernsthaft gefährdet.

Die Entfernung des mutmaßlich schwerer Verbrechen schuldigen Generals Noriega, eines käuflichen Handlangers des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA, korrupten Komplicen der panamaischen Oberschicht und Protagonisten einer gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gerichteten Politik der Macht, war eine Angelegenheit des panamaischen Volkes und internationaler nicht-militärischer Solidarität, genauso wie es eine Angelegenheit des panamaischen Volkes war und ist, Demokratie herzustellen.

Der Überfall auf Panama und die voraussichtlich dauerhafte direkte oder indirekte Besetzung des Landes durch die Streitkräfte der Vereinigten Staaten ist nach den Militärinterventionen von 1856 und 1865 – damals noch auf kolumbianischem Territorium –, der Intervention von 1903, die zur Abtrennung Panamas von Kolumbien führte und den US-Militärinterventionen von 1904, 1912, 1914, 1918, 1920, 1921, 1925 und 1945 das vorläufig letzte Glied in einer Kette von Völkerrechtsverletzungen und Vergewaltigungen des panamaischen Volkes, die seitens der Regierung der Vereinigten Staaten begangen wurden, um ihre koloniale Herrschaft über den Isthmus von Panama aufrechtzuerhalten. Die Panamakanal-Zone ist eines der letzten kolonialen Relikte auf der Welt. Das Südkommando der Streitkräfte der Vereinigten Staaten, das in der Panamakanal-Zone gelegen ist, ist eine ständige Bedrohung der Völker Lateinamerikas und ein ständiger Herd militärischer Abenteuer der Großmacht USA, die mit der Monroe-Doktrin von 1823 Lateinamerika zu ihrem Hinterhof erklärte. Theodore Roosevelt, unter dessen Präsidentschaft der

Staat Panama 1903 im Interesse der Vereinigten Staaten gegründet wurde, ergänzte die Monroe-Doktrin durch den Folgesatz: „Brutales Fehlverhalten kann schließlich die Intervention einer zivilisierten Nation erforderlich machen; und in der westlichen Hemisphäre können die Vereinigten Staaten diese Pflicht nicht ignorieren." George Bush, unter dessen Präsidentschaft die aktuelle Besetzung Panamas fällt, ist dabei, einen weiteren Folgesatz der Monroe-Doktrin zu etablieren: Danach ist die Anwendung US-amerikanischen Rechtes international unbegrenzt und demnach sind die Vereinigten Staaten befugt, jede mutmaßlich straffällig gewordene Person zu jeder Zeit, an jedem Ort und unter Verletzung gleichwelchen internationalen Rechtes aufzugreifen und vor ein US-Gericht zu stellen.

So wie die Völker des Isthmus von Panama 1903 Opfer der Großmachtpolitik der Vereinigten Staaten geworden sind, ist es heute die Nation Panama geworden. Das Schicksal der panamaischen Gesellschaft wird völlig untergeordnet dem Interesse der Regierung der Vereinigten Staaten und der hinter ihr stehenden wirtschaftlichen-, militärischen- und Drogenkreise, die sich konzentrieren auf die Aufrechterhaltung der Panamakanal-Zone als Kolonie, des Südkommandos der US-Streitkräfte als Interventionsplattform, dem Bankenplatz Panama City und der Freihandelszone von Colón als Umschlagplatz von schmutzigen Geldern, Drogen und Waffen.

Solange die schwarzen Drogenumsätze auf dem US-Binnenmarkt nach unabhängigen Schätzungen 120 Mrd. Dollar ausmachen, verglichen mit 9 Mrd. Dollar Umsätzen aus dem Exportgeschäft aller kolumbianischen Drogenkartelle zusammengenommen, als deren Mann in Panama General Noriega unter anderem gejagt wurde, wird niemand annehmen, daß die US-Invasion in Panama den Drogenhandel in den Vereinigten Staaten ernsthaft beeinträchtigen kann.

Im übrigen stellte das „Subcommittee on Terrorism, Narcotics and International Operations" des „Commitee on Foreign Relations" des Senates der Vereinigten Staaten schon im Dezember 1988 in seinem Bericht „Drugs, Law Enforcement and Foreign Policy" fest:

„The saga of Panama's General Manual Antonio Noriega represents one of the most serious foreign policy failures for the United States. Throughout the 1970's and 1980's, Noriega was able to manipulate U.S. policy toward this country, while skillfully accumulating near-absolute power in Panama. It is clear that each U.S. government agency which had a relationship with Noriega turned a blind eye to his corruption and drug dealing, even as he was emerging as a key player on behalf of the Medellin cartel."

Dergestalt ist die Auflösung der panamaischen Verteidigungskräfte durch die Invasionsmacht und ihre panamaischen Handlanger kein Beitrag zur Entmilitarisierung der Region, sondern die Wiederherstellung des Zustandes von vor 1968: des militärischen Monopols der US-Streitkräfte am Kanal.

Dergestalt ist die „Befreiung" Panamas von General Noriega, einer Kreatur des Pentagon und des CIA, keineswegs eine Befreiung Panamas von der Geißel des Drogenhandels und der Geldwäscherei, sondern die Ausschaltung der kolumbianischen Drogenkonkurrenz.

Dergestalt ist die Einsetzung bewährter oligarchischer Juniorpartner in die Verwaltung Panamas kein Beitrag zur Demokratisierung und Entwicklung des Landes, sondern die Vollendung der anti-torrijistischen Gegenbewegung.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333